

Wie viel Schule braucht es für die Bildung in Politik?

Braucht die politische Bildung in der Volksschule ein eigenständiges Fach? Im Aargau ist man davon überzeugt, Basel stimmt bald darüber ab, und in Uri muss sich die Regierung mit der Frage beschäftigen. Eine Auslegeordnung.



KANTON AARGAU

Aargauer Lehrplan Volksschule



Politische Bildung

DEPARTEMENT
BILDUNG, KULTUR UND SPORT

Ab dem Schuljahr 2020/21 widmet der Aargau der politischen Bildung als erster und bisher einziger Kanton mit Lehrplan 21 ein eigenes Schulfach. In der 9. Klasse gibt es künftig eine Wochenlektion.

Bild: zvg.

Die Generation Y sei die apolitischste, die es je gegeben habe, heisst es. Man wirft ihr vor, den Drang nach Konsum über jenen nach Teilhabe zu stellen, Lifestyle über Engagement, Selbstverwirk-

lichung über gesellschaftlichen Gestaltungswillen. Die politische Bildung war zu ihrer Schulzeit zwar im Klassenzimmer angekommen, beschränkte sich aber aufs Theoretische. Es wurde erklärt,

wie panaschieren und kumulieren geht, nicht aber, dass den Nationalräten Heere von Lobbyisten auflauern, um Interessen- statt Beteiligungspolitik zu machen. Dann folgte die Generation Z, die zwischen 1990 und 2012 Geborenen. Man ging davon aus, dass sie Konsum und Lifestyle endgültig erlügen und gar nichts mehr zählen würde ausser der Spannungsbogen der eigenen Facebook-Timeline und die aktuelle In-Marke an den Sohlen. Dann setzte sich eine 15-jährige Schülerin mit Zöpfen und einem handgeschriebenen Schild vor das schwedische Parlamentsgebäude, um Freitag für Freitag gegen die Klimapolitik ihres Landes zu protestieren. Greta Thunbergs Klimastreik war vielleicht nicht der Beginn einer Politisierung der Jugend. Sicher aber war es jener Zeitpunkt, an dem sich diese Politisierung Bahn brach. All die Einteiler und Schubladisierer hatten sich geirrt – und die Jugend unterschätzt.

Demonstrieren als Coolness-Faktor?

Denn plötzlich wurde aus jenen Kids, deren Interessen und Belange man gerade eben noch auf Twitter-Feeds und Videoclips schmollender Katzen reduziert hatte, eine informierte, schlagkräftige, fordernde und eben auch anpackende Kraft, die daran ist, das Heft nicht einfach dem «alten weissen Mann» zu überlassen, sondern darin die eine oder andere Seite mitzuschreiben. Doch braucht es das überhaupt? Und wenn ja: Reicht eine Wochenlektion dafür aus? Die politische Bildung – insbesondere der Jugend – ist wichtig für das Funktionieren einer Demokratie, aber staatliche Angebote neutralisieren noch lange kein Desinteresse. Denn es ist nach wie vor eine Minderheit der Jugend, die sich politisiert. Viele gehen wohl auf die Strasse, weil es gerade cool ist. Und: Wie steht es um die politische Bildung der Lehrpersonen, inwiefern färbt ihre persönliche Haltung ihren Unterricht?

... was leuchten soll im Vaterland

Natürlich ist Politik schon heute Teil des Schulstoffs, wenn nicht als eigenständiger

ges Fach, dann als fächerübergreifender Bestandteil des Lehrplans. Der Kanton Zürich etwa hat dazu eine 20-seitige Dokumentation herausgegeben, in der er Richtziele formuliert oder Hinweise zur Gestaltung des Unterrichts macht. Schliesslich sei, so steht da etwa, «die Schule der einzige Ort, wo systematisch über verschiedene Herrschafts- und Lebensformen nachgedacht wird, wo gezielt Erfahrungen mit demokratischer Lebensweise gewonnen und verarbeitet werden können». Was dazu wohl Jeremias Gotthelf sagen würde, der, oft zitiert, vor bald 200 Jahren schrieb, dass im Hause (also zu Hause) beginnen müsse, was leuchten soll im Vaterland. Dieses Leuchten im Vaterland hatte 2016 wohl auch der Auserroder Ständerat Andrea Caroni im Sinn, als er vom Bundesrat die Entwicklung einer umfassenden Strategie zur politischen Bildung in der Schweiz forderte. Der Bundesrat schmetterte sein Begehren, Postulat 16.4095, ab, ehe er vom Ständerat doch noch zum Handeln gezwungen wurde. Das Resultat ist eine Gesamtschau der politischen Bildung in der Schweiz, 25 Seiten, publiziert im vergangenen November.

Gesamtdarstellung politischer Bildungsangebote fehlt

Der Bundesrat hält darin fest, «dass es auf allen Stufen und in allen Bereichen des Bildungssystems der Schweiz ein breites Spektrum an Aktivitäten gibt, die auf die Förderung des politischen Interesses sowie auf die Befähigung zur Wahrnehmung der demokratischen Rechte und Pflichten ausgerichtet sind». Solcherlei Aktivitäten sind etwa die Eidgenössische Jugendsession, die Nationale Kinderkonferenz, der Campus für Demokratie, die Jungparteien oder das Abstimmungs- und Wahlprogramm «Easyvote». Die Exekutive räumte aber auch ein, dass eine Gesamtdarstellung ebendieser Aktivitäten fehle, und kündigte an, künftig eine aktualisierte Dokumentation zu erstellen.

Abstimmung in Basel

Das ist ganz im Sinne Caronis. Dennoch weiss auch er, dass die Verantwortlichkeit für politische Bildung bei den Kantonen liegt. Das sehen auch die Jungfreisinnigen in Basel, weshalb sie mit ihrer Initiative «Ja zu einem Fach Politik» politische Schulbildung für den Stadtkanton forderten. Zwar scheiterten sie erst am Regierungsrat, brachten ihr Anliegen nun aber via Parlament auf Kurs. Dieses hat zwar einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, empfiehlt aber auch die Initiative zur Annahme, wenn diese voraus-

sichtlich im Herbst zur Abstimmung vor Volk kommt.

Luzern, Uri: Es tut sich etwas

Auch in Luzern tut sich etwas. Erst im April hat die Pädagogische Hochschule gemeinsam mit der Stadt Luzern ein Lehrmittel für den politischen Unterricht an Oberstufen herausgegeben. Und in Uri bildet sich eine Front der Politikbildung, angeführt von Céline Huber. Die Landrätin trug dem Regierungsrat im vergangenen Juni per Postulat auf, «das Fach «Politische Bildung» seiner Bedeutung entsprechend verbindlich in den Lehrplan 21 aufzunehmen». Hubers Antrieb sind die abnehmende Stimmbeteiligung, die Schwierigkeit, öffentliche Ämter zu besetzen, und «dass unser Milizsystem per se ins Wanken gerät, weil sich immer weniger Mitbürgerinnen und Mitbürger für Öffentlichkeitsarbeit interessieren». Viele würden sich ein Amt aus Mangel an politischer Bildung nicht zutrauen, argumentiert sie.

Markus Freitag sieht Nachholbedarf

Tatsächlich schnitten Schweizer Schüler im Rahmen einer internationalen Studie zu politischem Wissen und Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten 2009 schlecht ab. Eine Untersuchung der Universität Bern stellte zudem 2017 fest, dass dem politischen Unterricht nicht übermässig viel Beachtung geschenkt werde, die «NZZ» merkte im vergangenen März sogar an, politische Bildung in der Schule führe ein «Mauerblümchendasein».

Ebenfalls an der Universität Bern lehrt Markus Freitag. Er ist Direktor am Institut für Politikwissenschaften. Ende Mai erschien sein Buch «Milizarbeit in der Schweiz». Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) hat die Forschungsarbeit als Projektpartner unterstützt. Freitag plädiert in seinem Buch auch für eine Stärkung der politischen Bildung an der Volksschule und schliesst, dass die Schweiz darin Nachholbedarf habe.

Neues Schulfach «Politische Bildung» und Videoclip im Aargau

Im Aargau nimmt man sich ebendiesem Nachholbedarf an, auch wenn man das in Aarau anders formuliert. Hier soll das Schulfach «Politische Bildung» einerseits politisches Bewusstsein und Verständnis schüren. Andererseits zeigt ein kurzer Videoclip die Vorteile der Milizarbeit auf. In Auftrag gegeben haben diesen die Gemeindeammännerversammlung und das Aargauer Departement Volkswirtschaft und Inneres, Anlass ist das durch den SGV ausgerufene «Jahr der Milizarbeit».

Der Film soll der Stärkung des Milizsystems dienen und ist als Motivation für den Behördennachwuchs gedacht. Man hofft, mit dem Medium Film die Aufmerksamkeit der Jungen zu gewinnen. Darum steht der Clip nicht nur Gemeinden, Verbänden, Arbeitgebern und etwa Parteien zur Verfügung, sondern soll auch in Schulen gezeigt werden. Vielleicht am ersten Schultag im August 2020, wenn die Schulglocken erstmals zu einer Lektion «Politische Bildung» in die Aargauer Klassenzimmer rufen. Der Aargau widmet der politischen Bildung so als erster und bisher einziger Kanton mit Lehrplan 21 ein eigenes Schulfach, eine Wochenlektion in der 9. Klasse ab dem Schuljahr 2020/2021.

Vorreiter Westschweiz und Tessin

Auch Freiburg, Genf, Neuenburg und das Tessin kennen Politik als eigenständiges Schulfach.

Die Jugend begehrt auf, um das Ruder herumzureissen. Und jeder gestandene Politiker muss sich die Frage gefallen lassen: Was könnte dem politischen System Besseres widerfahren als eine Jugend, die nicht über die «Alten» flucht, sondern ihnen Paroli bietet, sie herausfordert und ihre Entscheidungen infrage stellt? Vielleicht sind ja die Klimastreikenden aus Baden, Lausanne und Zürich die Politiker von morgen, die Schul- und Gemeinderäte, die Kantonsparlamentarier und Volksvertreter in Bundesbern. Dass sie einer ordentlichen Bildung bedürfen, was die politischen Strukturen und Funktionsweisen in diesem Land angeht, was Demokratie, Gewaltenteilung oder das Milizsystem betrifft, steht ausser Frage.

Lucas Huber

Infos:

www.chgemeinden.ch/milizsystem

Anzeige

